

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Einführung in die Problemstellung</b>	<b>1</b>
<b>Kapitel 1: Einflüsse europarechtlicher Entwicklungen auf das Kollisions- und Sachrecht als Hintergrund einer steuerrechtlichen Prüfung</b>	<b>7</b>
A. Kollisionsrechtliche Betrachtung einer „umziehenden“ Gesellschaft	7
I. Gründungstheorie	9
II. Sitztheorie	10
B. Verletzung der Niederlassungsfreiheit durch Kollisionsrecht?	
Entwicklungsgeschichte der Rechtsprechung des EuGH	12
I. Die Daily Mail-Entscheidung des EuGH (Wegzugsbeschränkungen)	13
1. Sachverhalt	13
2. Entscheidung	14
3. Reaktionen auf die Daily Mail-Entscheidung	15
II. Die Centros-Entscheidung (sekundäre Niederlassungsfreiheit oder Zuzugssituation?)	17
1. Sachverhalt	17
2. Entscheidung	17
3. Die Centros-Entscheidung in der Interpretation durch Literatur und Rechtsprechung	18
III. Die Überseering-Entscheidung (Zuzugsbeschränkungen)	21
1. Sachverhalt	21
2. Der Vorlagebeschluss des BGH vom 30.3.2000 und die Stellungnahme des Generalanwalts	21
3. Die Entscheidung des EuGH	23
4. Zwischenzeitliche Fortentwicklung der deutschen Rechtsprechung	24
5. BGH-Rechtsprechung nach der Überseering-Entscheidung des EuGH	25
6. Untergerichtliche Rechtsprechung	26
7. Aktuelle Stellungnahmen der Literatur zur Überseering-Entscheidung	28
8. Folgefragen: Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für die Emigration	29
IV. Inspire Art-Entscheidung (sekundäre Niederlassungsfreiheit)	32

<b>Kapitel 2: Körperschaftsteuerpflicht einer im Ausland rechtswirksam gegründeten Kapitalgesellschaft (Typ A)</b>	<b>37</b>
<b>§ 1 Sitz und Geschäftsleitung befinden sich im Ausland (Fallgestaltung 1)</b>	<b>37</b>
A. Einordnung unter das EStG oder das KStG: Vergleichbarkeit mit den Steuersubjekten in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 KStG	37
I. Bindung des Steuerrechts an das Zivilrecht?	38
1. Rechtsprechung und Verwaltungspraxis	38
a) Die Venezuela-Entscheidung des RFH	38
b) Non-resident-limited-Erlasse aus dem Jahre 1985	39
c) Entscheidung des BFH vom 23.6.1992	40
d) Beschluss des BVerfG vom 27.12.1991	41
2. Meinungsstand in der Literatur	41
II. Funktionsweise des Typenvergleichs	42
III. Exemplarische Durchführung eines Vergleichs der Rechtsformen GmbH und Ltd.	47
IV. Die Bedeutung des Typenvergleichs nach Überseering: Ausblick	51
B. Beschränkte oder unbeschränkte Steuerpflicht	57
I. Geschäftsleitung, § 10 AO	58
II. Sitz, § 11 AO	60
<b>§ 2 Der Sitz befindet sich im Ursprungsland, die Geschäftsleitung im Inland (Fallgestaltung 2)</b>	<b>61</b>
A. Anerkennung und Anerkennungsfähigkeit: Gesellschaftsrechtlicher Hintergrund der Körperschaftsteuerpflicht nach § 1 Abs. 1 KStG	61
B. Körperschaftsteuerpflicht gemäß § 1 Abs. 1 KStG	63
I. Unbeschränkte oder beschränkte Steuerpflicht einer zuziehenden Kapitalgesellschaft	63
II. Einordnung unter den Katalog des § 1 Abs. 1 KStG	65
1. Einordnung einer zuziehenden Kapitalgesellschaft unter § 1 Abs. 1 KStG: Diskussion vor der Überseering-Entscheidung	65
a) Ansicht der Literatur	65
b) Das BFH-Urteil vom 23.6.1992	67
2. Die „anererkennungsfähige“ Gesellschaft nach der Überseering-Entscheidung	69
3. Kapitalgesellschaften, deren Herkunftsland den Wegzug sach- oder kollisionsrechtlich sanktioniert	72
a) Verlust des Status als juristische Person, § 1 Abs. 1 Nr. 4 KStG	72

b) Notwendigkeit der Einordnung in den numerus clausus der Gesellschaften	73
c) Entsprechung mit einer oHG, einer BGB-Gesellschaft oder einem nichtrechtsfähigen Verein	75
d) Eignung der Rechtsfähigkeit als Abgrenzungskriterium im Rahmen des § 1 Abs. 1 KStG angesichts der BGH-Rechtsprechung zur (Teil-) Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft?	76
III. Folgen einer Einordnung unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 im Gegensatz zu § 1 I Nr. 5 KStG	77
1. Keine Unterschiede hinsichtlich des Besteuerungssystems - Halbeinkünfteverfahren	78
2. Gesellschafter-Fremdfinanzierung, § 8 a KStG	79
3. Organschaft, §§ 14, 17 KStG	81
a) Anforderungen an eine Organgesellschaft	82
b) Anforderungen an einen Organträger	85
C. Schlussbesteuerung gemäß § 12 Abs. 2 KStG	88
I. Denkbare Konstellationen	89
1. Zuzug ohne vorheriges Betriebsvermögen im Inland	89
2. Übertragung einer inländischen Betriebsstätte auf eine beschränkt oder unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft	89
3. Zuzug des Sitzungssitzes oder der Geschäftsleitung bei vorhandenem Betriebsvermögen im Inland	90
II. „Übertragung des Vermögens als Ganzes auf einen anderen“, § 12 Abs. 2 S. 2 KStG, bei vorhandenem Betriebsvermögen im Inland	90
1. Schlussbesteuerung mangels zivilrechtlicher Anerkennung	90
2. Keine Schlussbesteuerung wegen steuerrechtlicher Identität	92
III. § 12 Abs. 2 S. 1, 1. Alt. KStG	94
IV. § 12 Abs. 2 S. 2 KStG analog	94
<b>§ 3 Geschäftsleitung befindet sich im Ursprungsland, der Sitz im Inland (Fallgestaltung 3)</b>	<b>96</b>
<b>§ 4 Sitz und Geschäftsleitung werden ins Inland verlegt (Fallgestaltung 4)</b>	<b>99</b>
A. Identitätswahrende Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft deutschen Rechts: § 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG	100
I. Anwendung des Umwandlungsgesetzes auf die Grenzüberschreitung?	100

II. Grenzüberschreitung bei Umwandlung in eine Vor-Kapitalgesellschaft?	103
1. Gründungsweg einer GmbH – Kontinuität zwischen der Vor-GmbH und der GmbH	104
2. Identitätswahrender Übergang der Auslandskapitalgesellschaft in eine Vor-GmbH	105
B. Auflösung und Neugründung	106
C. Schlussbesteuerung nach § 12 Abs. 2 S. 2 KStG im Fall der Auflösung und Neugründung	108
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse aus Kapitel 2</b>	<b>109</b>
<b>Kapitel 3: Die Grenzüberschreitung einer im Inland rechtswirksam gegründeten Gesellschaft (Typ B)</b>	<b>111</b>
<b>§ 5 Sitz befindet sich im Inland, die Geschäftsleitung im Ausland (Fallgestaltung 2)</b>	<b>111</b>
A. Körperschaftsteuerpflicht, § 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG	111
I. Zivilrechtliche Beurteilung der Verlegung der Geschäftsleitung	111
1. Kollisionsrechtliche Beurteilung	112
2. Sachrechtliche Beurteilung	113
a) Der Gesellschafterbeschluss über die Verlegung des tatsächlichen Verwaltungssitzes als Auflösungsgrund	113
(aa) Die Nichtigkeit des ursprünglichen Rechtsgeschäfts	114
(bb) Erfordernisse des Ersatzgeschäfts	115
(cc) Hypothetischer Parteiwille	116
(dd) Zwischenergebnis	116
b) Auflösung erst bei tatsächlicher Verlegung des Verwaltungssitzes	117
II. Konsequenzen für das Steuerrecht	117
B. Die Schlussbesteuerung	119
I. Verlegung der Geschäftsleitung	119
II. Vollbeendigung der Gesellschaft und Löschung im Handelsregister	120
1. Verhältnis des § 12 Abs. 1 KStG zu § 11 KStG	120
2. Ergebnis	122
<b>§ 6 Die Geschäftsleitung wird im Inland belassen, der Sitz ins Ausland verlegt (Fallgestaltung 3)</b>	<b>124</b>
A. Identitätswahrung als Kapitalgesellschaft deutschen Rechts gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG	124
I. Kollisionsrechtliche Lage	124

II. Auflösungsgrund und -zeitpunkt	124
1. Nichtigkeit des Sitzverlegungsbeschlusses	124
2. Umdeutung des Sitzverlegungsbeschlusses in einen Auflösungsbeschluss	125
3. Zwischenergebnis	126
III. Bedeutung für das Steuerrecht	126
B. Schlussbesteuerung	127
<b>§ 7 Sitz und Geschäftsleitung werden ins Ausland verlegt (Fallgestaltung 4)</b>	<b>128</b>
A. Auswirkungen der kumulativen Sitzverlegung auf die Körperschaftsteuerpflicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG	128
I. Gesellschaftsrechtliche Situation bei der AG und GmbH nach derzeitiger Rechtslage	128
II. Folgen für die körperschaftsteuerliche Einordnung	129
B. Schlussbesteuerung	129
<b>§ 8 Gemeinschaftsrechtliche Bedenken gegen die Liquidation als sachrechtliche Folge der Sitzverlegung einer deutschen Kapitalgesellschaft ins Ausland</b>	<b>131</b>
<b>§ 9 Gemeinschaftsrechtliche Bedenken gegen eine Wegzugsbesteuerung nach § 12 Abs. 1 KStG</b>	<b>135</b>
A. Beeinträchtigung der Niederlassungsfreiheit	135
I. Vorliegen einer Diskriminierung oder Beschränkung	135
1. Diskriminierung gegenüber „Umzügen“ im Inland	137
2. Vorliegen einer Beschränkung	140
II. Schutzrichtung: Beeinträchtigungen durch den Herkunftsstaat	141
B. Rechtfertigung	143
I. Zwingende Gründe des Allgemeinwohls zur Rechtfertigung einer Diskriminierung	143
1. Kommission / Frankreich-Entscheidung	144
2. Bachmann-Entscheidung	145
3. Kommissions / Belgien-Entscheidung	145
4. O’Flynn-Entscheidung	145
II. Zwingende Gründe des Allgemeininteresses: insbesondere Kohärenz	146
1. Kein zwingender Grund des Allgemeinwohls: Wirtschaftliche Interessen	146
2. Kohärenz als „zwingender Grund“ des Allgemeinwohls	147

III. Geeignetheit einer Besteuerung nach § 12 Abs. 1 KStG zur Verwirklichung der Kohärenz	150
IV. Notwendigkeit des Zugriffs auf die stillen Reserven im Falle des Wegzugs zur Wahrung der Kohärenz	151
1. Besteuerung des im Inland verbleibenden Betriebsstättenvermö- gens?	151
2. Keine Besteuerung vor der Liquidation im Aufnahmestaat?	154
a) Besteuerung erst bei Liquidation durch die Inanspruchnahme von Amtshilfe?	155
aa) Bilanzierung des in Deutschland entstandenen Anteils an den stillen Reserven	155
bb) Amtshilfe im Besteuerungsverfahren	156
(1) Festsetzung	156
(2) Amtshilfe bei der Beitreibung (Erhebung/Voll- streckung)	158
(3) Zwischenergebnis	161
b) Besteuerungsaufschub bis zur Liquidation durch Sicherungs- maßnahmen?	161
V. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	162
VI. Ergebnis	163
<b>Ergebnis zu Kapitel 3</b>	<b>165</b>
<b>Kapitel 4: Sekundärrechtliche Harmonisierungsmaßnahmen</b>	<b>167</b>
A. Harmonisierung durch Sekundärrecht: Entwurf einer 14. gesell- schaftsrechtlichen Richtlinie vom 20.4.1997	167
I. Die Richtlinie als Hebel der identitätswahrenden Überführung einer Gesellschaft in eine andere Rechtsordnung	168
1. Intention und Rechtsfolge der Richtlinie	168
2. Anwendungsbereich	168
a) Isolierte Verlegung des Verwaltungssitzes?	169
b) Isolierte Verlegung des Sitzungssitzes?	169
c) Kapitalgesellschaften/Personengesellschaften	170
3. Ablauf der Verlegung	171
4. Konzeption: Formwechselnde Umwandlung	172
II. Auswirkungen der europarechtlichen Rechtsprechung auf die Bedeutung der 14. gesellschaftsrechtliche Richtlinie	173
III. Steuerrechtliche Folgen einer Sitzverlegung auf Grundlage der 14. gesellschaftsrechtlichen Sitzverlegungsrichtlinie	175
B. Supranationale Organisationsformen	178
I. Das Recht der Societas Europaea (SE)	179

II. Europäische Privatgesellschaft – Ein Zukunftsmodell	181
III. Die Körperschaftsteuerrechtliche Beurteilung einer SE	182
1. Verträglichkeit der supranationalen Rechtsgrundlage mit dem Typenvergleich?	182
2. Sitzverlegungsvorgänge	184
a) Zuzug einer SE	184
b) Wegzug einer „deutschen“ SE	185
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>189</b>
<b>Anhang</b>	<b>197</b>
<b>Vorentwurf eines Richtlinienvorschlags zur Verlegung des Gesellschafts-sitzes innerhalb der EU</b>	<b>197</b>
<b>Verordnung über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)</b>	<b>201</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>229</b>